
3903/AB XXII. GP

Eingelangt am 13.04.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für auswärtige Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen, haben am 14. Februar 2006 unter der Nr. 3948/J-NR/2006 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzung des angekündigten Maßnahmenpakets gegen weibliche Genitalverstümmelung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Zwecks besonderer Sensibilisierung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland zum Thema traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen habe ich sämtliche österreichische Berufsvertretungsbehörden mit Ausnahme der Sondervertretungen und Kulturforen mit Runderlass über die Initiative der Bundesministerien für Gesundheit und Frauen, Inneres, Justiz, Bildung, Wissenschaft und Kultur, soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz sowie meines eigenen Ressorts informiert.

Ich habe sie auch angewiesen, die Broschüre „Maßnahmen gegen traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen in Österreich“ in den Räumlichkeiten der Vertretungsbehörden aufzulegen.

Weiters habe ich die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland aufgefordert, Hinweise auf Konsularfälle österreichischer StaatsbürgerInnen in diesem Bereich genau zu verfolgen und darüber an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zu berichten. Konkrete Fälle betreffend eine konsularische Hilfestellung wurden bisher noch nicht berichtet.

Zu den Fragen 4 und 5:

Die Umsetzung des Erlasses durch die österreichischen Konsularbehörden und die Auswirkungen auf deren Tätigkeit unterliegt der allgemeinen Aufsicht und Begleitung der Konsularbehörden durch die Zentrale.